

Deutscher
Philologenverband

P

Profil

Konkret

Das Magazin für Gymnasium
und Gesellschaft

BERLIN/BRANDENBURG

*Teilzeitverbeam-
tung im Land
Brandenburg
unwirksam?*

phv

MECKLENBURG-VORPOMMERN

*Das Land der
'guten Schulen'?*

PMV

SACHSEN

*Master of
Education für
künftige
Gymnasiallehrer*

pvs

SACHSEN-ANHALT

*Visionen und
Realitäten –
der stetige Weg zum
Modellgymnasium*

Ph
Sa

THÜRINGEN

*Philologen als
Personalräte:
Ihre Rechte.
Unser Anliegen.*

TPhV

Ziele
erreichen.



**Personalrats-
wahlkampf 2006**

2/2006

Mai-Ausgabe

Teilzeitverbeamtung im Land unwirksam?

Der Philologenverband Berlin/Brandenburg fordert von der Landesregierung Brandenburg und den Abgeordneten des Landtages Rechtsklarheit für die Lehrerinnen

und Lehrer, die sich seit Ende der neunziger Jahre in einem Beamtenverhältnis unter Voraussetzung der ständigen Teilzeitbeschäftigung befinden.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatte mit Urteil vom 24. März 2006 (OVG 4 B 18.05) entschieden, dass sich eine 'beamtete' Lehrerin des Landes Brandenburg nicht in einem bestehenden Beamtenverhältnis befindet, weil ihre Ernennung nach Formulierung der Urkunde auf ein Teilzeitbeamtenverhältnis gerichtet war, welches es weder nach Landes- noch Bundesrecht gibt.

Diese Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes hat große Auswirkungen, denn im Land Brandenburg sind davon circa 8000 Lehrerinnen und Lehrer betroffen. »Die ungeklärte Situation ist unerträglich. Sie lähmt die Motivation und Arbeitsbereitschaft, da sich die betroffenen Beamtinnen und Beamten in einem schwebend unwirksamen Rechtsstatus befinden«, so Werner Brandt, der Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg.

Im Interesse der Rechtsklarheit für die Beamtinnen und Beamten, für die Bestandskraft der Entscheidungen, die die Kolleginnen und Kollegen als Beamte getroffen haben, für die Rechtsgültigkeit der bevorstehenden Personalwahlen Ende Mai 2006, für die Absicherung der Verlässlichkeit der von der Landesregierung gemachten Zusagen,

für eine ungestörte Arbeit in den Schulen des Landes Brandenburg und im Interesse der Kinder und Jugendlichen fordert der PhV Berlin/Brandenburg:

- Landesregierung und Landtag haben die Aufgabe alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Beamtinnen und Beamten einen klaren Status der Verbeamtung zuzuerkennen. Diese Möglichkeiten sind so auszulegen, dass sie für die gesamte Zeit seit der Ernennung als Beamte in ständiger Teilzeit wirken.
- Dazu muss sofort ein Ablauf- und Koordinierungsplan zwischen den Ministerien, der Landesregierung und des Landtages entwickelt werden. Das Abwarten auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes wäre unzumutbar.
- Aus Sicht des Verbandes ist eine Änderung des Landesbeamtengesetzes ein geeigneter Weg, die Rechtsicherheit zu erreichen.
- Um dieses Verfahren rechtlich abzusichern ist eine gemeinsame Tagung von Bildungs-, Innen- und Finanzausschuss des Landtages unter Einbeziehung von Experten sofort erforderlich. Weiterhin wird eine Sonderbefassung des Landta-

ges zu dieser Frage mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erwartet.

- Die Option einer Rückabwicklung der Kolleginnen und Kollegen ins Angestelltenverhältnis wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt als der schlechteste Weg für das Land und die Betroffenen angesehen und strikt abgelehnt.

Die Landesregierung und die Abgeordneten des Landtages müssen umgehend tätig werden. Auf der einen Seite werden die Kolleginnen und Kollegen als Beamtinnen und Beamte behandelt und unterliegen den beamtenrechtlichen Regelungen des Landes Brandenburg. Sie sind in ständiger Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von 74 Prozent und haben die Zusicherung, ab dem Schuljahr 2008/2009 vollzeitverbeamtet zu werden. Aber was ist die Zusicherung der Landesregierung nach diesem Richterspruch noch wert. Denn auf der anderen Seite ist es den betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht möglich ihre Ansprüche beim Oberverwaltungsgericht durchzusetzen, da das Gericht die Auffassung vertritt, nicht zuständig zu sein, da es sich nicht um wirksam ernannte Beamtenverhältnisse handelt.

Meck Das La

In Mecklenburg-Vorpommern hielt die öffentliche Debatte um die Vorgänge an der Rütli-Schule in Neukölln höchstens eine Woche an. Im Grunde war es auch gar keine Debatte, sondern viel mehr ein Sammeln von Meinungen, deren inhaltliche Aussagen mit fortschreitender Zeit immer unbedeutender für den politischen Alltag werden. Mit Abstand betrachtet kommt es einem so vor, als wenn die hoch aufschäumende Welle der Empörung und des Entsetzens über die Zustände an der Rütli-Schule gedämpft wurden, wie etwa die Wasserwellen im Strandsand verrinnen.

In Mecklenburg-Vorpommern gab man sich sogar gelassen: »... Wir haben längst nicht so eine Konzentration von Problemen an Schulen wie in Berlin. Auch der Anteil ausländischer Schüler ist in Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr niedrig ...«, so ein GEW-Sprecher. Aus dem Bildungsministerium

lenburg-Vorpommern – nd der ‘guten Schulen’?

war zu hören, dass wir in unserem Land die klassische Hauptschule ohnehin nicht mehr haben und sich daher die Probleme auch nicht in der Art zuspitzen können.

Nun will auch der Philologenverband aus Mecklenburg-Vorpommern kein Problem herbeireden. Aber es bleibt eine Tatsache, dass auch auf den Schulhöfen und in den Klassenzimmern der Schulen Mecklenburg-Vorpommerns genügend Konfliktpotenzial schlummert.

Im dritten Kinder- und Jugendbericht von 2002 hieß es unter anderem: »91 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sind mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden bis zufrieden ... Ein signifikanter Zusammenhang wurde zwischen Familienklima und Erwerbstätigkeit der Eltern festgestellt: Haben beide Eltern oder das allein erziehende Elternteil Arbeit, erleben nur drei Prozent der Kinder ein schlechtes Familienklima. Bei Arbeitslosigkeit steigt der Anteil auf zwanzig Prozent.« Es sei angemerkt, dass Mecklenburg-Vorpommern zu den Ländern mit der höchsten Arbeitslosenquote zählt.

Im Hauptbeitrag zum dritten Schulgesundheitsstag Ende November 2003 hieß es: »Eine Umfrage unter Jugendlichen in Greifswald ergab, dass im Jahre 1996 16,5 Prozent und im Jahre 1997 17,1 Prozent der befragten Schüler Opfer einer Gewalttat geworden sind ... Das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden, war der

Umfrage zufolge für weibliche Schüler (12,8 Prozent aller Schülerinnen) nur ungefähr halb so groß wie für die männlichen Schüler (21,6 Prozent) ...«

Müssen diese Zahlen nicht doch zum Nachdenken anregen? Und dann kam der Oktober 2005, Mecklenburg-Vorpommern schreckte auf: Am Maxim-Gorki-Gymnasium Heringsdorf wurde ein sechzehnjähriger Schüler vorläufig festgenommen. Er hatte eine ‘Todesliste’ erstellt, in der Lehrer und Schüler genannt waren, für die er ‘206 Kugeln’ benötigen werde, um sie zu töten! Erinnerungen an die Todesschüsse in Erfurt wurden wach. Der Fall wurde rasch als Einzelfall dargestellt und der

Staatsanwaltschaft übergeben. Eine Debatte gab es nicht. Bald war er wieder vergessen. Aber war er wirklich nur ein Einzelfall? Wie viele solcher oder ähnlicher Fälle gab es noch, die intern, ohne Anzeige und Pressemitteilungen, an den Schulen halbwegs gelöst werden? Niemand weiß es genau, das eben versteht man unter der ‘Dunkelziffer’. Ein lehrbuchreifes Beispiel für die Ignoranz von Problemen in der Schule lieferten kürzlich Mitarbeiter des Bildungsministeriums höchst persönlich. Auf Anfragen von Journalisten eines Senders, ob auch in Meck-

lenburg-Vorpommern das Problem mit Gewalt- und Pornovideos auf Handys besteht, erhielten sie eine verneinende Antwort. Daraufhin führten die Journalisten ihre eigene Untersuchung durch. »Stichproben auf Schulhöfen des Landes hatten ergeben, dass jeder zweite Schüler zwischen vierzehn und achtzehn Jahren Gewalt- und Sexszenen auf dem Handy hat ..., den Reportern wurden Videos gezeigt, auf denen einem Touristen im

Irak der Kopf abgehackt wird, auf denen Menschen verstümmelt werden. Ein anderer Schüler zeigte Lesben-Pornos. Fast alle Befragten konnten Mitschüler mit ähnlichen Videos auf den Handys. Niemand will aber je solche Videos selbst gemacht haben.«

Dieses Ergebnis präsentierten die Journalisten dem Ministerium und erhielten ein dickes Lob: »Gut, dass Sie darauf aufmerksam gemacht haben, dass das Problem größer ist als es uns bis jetzt von den Schulen heran getragen worden ist.« Da haben wir’s. Die Lehrerschaft schweigt also! Und weil sie es tut, werden andere umso lauter. Der Regierende Bürgermeister von Berlin zum Beispiel. Er posaunt: Die Zukunftsfähigkeit des gegliederten Schulsystems muss überprüft werden und es müssen neue Lehrer kommen, die sich gut ausgebildet und motiviert

den Anforderungen stellen. Da kann ihm der Bildungsminister von Mecklenburg-Vorpommern nur zustimmen. Noch mehr, er kann sich auf die Brust schlagen und befriedigt feststellen, dass in unserem Land der Umbau der Schule bereits begonnen hat – nur die Lehrer sind noch die alten. Nun, es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Quelle der Gewalt mit dem ‘Umbau der Schule’ und ‘neuen Lehrern’ ernsthaft verschlossen werden kann. »Keine Gewalt hat Dauer«, sagte schon da Vinci. Solange sie nicht erscheint, kann man Prävention loben und ihr Ausbleiben mit Maßnahmen begründen, mit denen man sie zu bekämpfen dachte. Aber dann erscheint sie plötzlich, die Gewalt – als Einzelfall, wie in Heringsdorf zum Beispiel – und ist um keinen Deut zahmer als zuvor. Der Schulleiter des Heringsdorfer Gymnasiums betonte übrigens, »dass die Schule regelmäßig präventiv gegen Gewalt arbeitet und sogar unter den Mitwissern ein Schüler ist, der am Konfliktbewältigungskurs teilgenommen hatte.« Wenn man der Gewalt auf den Schulhöfen begegnen will, muss man nicht notwendigerweise die Hauptschule abschaffen oder das Gymnasium durch die Gesamtschule ersetzen. Es ist auch Unsinn, wenn Bildungsexperten den Rat erteilen, Kindern das Streiten zu lehren. Warum empfehlen sie nicht die Erziehung zur Achtung vor dem Leben, zur Ehrlichkeit und Liebe? Die Gewalt auf den Schulhöfen mit allen ihren Schattierungen sollte man besser als besondere Erscheinung jener Gewalt auffassen, die unserer Gesellschaft als Ganzes anhaftet und erst kürzlich in Frankreich einen Flächenbrand sozialer Proteste auslöste.

Jan Amos Comenius träumte von einer Reform des Systems der Wissenschaften, der Bildungsinhalte und der Menschenbildung im Geiste der Pansophia. Er träumte, dass eine solche Reform die zerrütteten menschlichen Beziehungen verbessern, sie im Sinne von Einheit, Einigkeit und Frieden umgestalten könnte. Dieser Gedanke ist den heutigen Experten völlig abhanden gekommen.

Master of Education für künftige Gymnasiallehrer

‘Leipziger Modell’ sichert Qualität der Lehrerausbildung

Prof. Dieter Schulz von der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Uni Leipzig gilt als einer der Väter des ‘Leipziger Modells’. Was genau dahinter steckt, wie sich die Lehrerausbildung verändern wird, und weshalb es als Gymnasiallehrer nicht ausreicht, einen Abschluss als Bachelor zu haben, erklärt er im Gespräch mit dem Philologenverband Sachsen (PVS).

Der Philologenverband tritt für eine qualitativ hochwertige Ausbildung für das gymnasiale Lehramt ein. Um das Gymnasium inhaltlich entwickeln zu können, sind Lehrer mit einem dem Master vergleichbaren Abschluss nötig. Wie bewerten sie diese Forderung des PVS?

PROF. SCHULZ: Der Forderung des PVS kann ich nur zustimmen. Wir verstehen Bachelor und Master als Einheit. Während der Bachelor-Ausbildung hat die fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung Vorrang. Jedoch erreicht man mit dem Abschluss des Bachelor keine Berufsqualifizierung, weil er schulformenspezifisch ist. Nach der Neustrukturierung der Studiengänge schließt der Studiengang für das Lehramt an Gymnasien mit dem Master of Education ab.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die erste Phase der Lehrerausbildung gestaltet werden, um die

Absolventen gut auf den Schuldienst vorzubereiten?

PROF. SCHULZ: Lehrerausbildung darf kein Abfallprodukt der Fachwissenschaft sein! Um Lehrer zu sein, bedarf es eines ausgewogenen Verhältnis von Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft. Ausgewogen heißt aber nicht quantitativ gleich. Das Herzstück der Gymnasiallehrerausbildung ist die Fachdidaktik. Alle Lehramtsstudenten des gymnasialen Lehramtes werden künftig dreimal vier Wochen schulpraktische Studien absolvieren. Der Student muss befähigt werden, Unterricht und pädagogisches Handeln in seinen Zusammenhängen differenziert wahrzunehmen und entsprechende Schlussfolgerungen für sein weiteres Studium abzuleiten.

Im Einzelnen werden die Studenten erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Fragestellungen beobachten und mitgestalten. Der Student soll während dieser Praktika nicht nur Unterricht beobachten, sondern die gesamte berufliche Belastung des Lehrers kennen lernen – von der Vorbereitung der Stunde, über die Pausenaufsicht, die Elternabende bis zu den Klassenfahrten. Es erfolgt eine intensive Vor- und Nachbereitung in den Seminaren. Angestrebt ist auch ein pädagogisches Grundpraktikum als Immatrikulationsvoraussetzung. Hier werden in den nächsten Wochen noch rechtliche Abstimmungen erfolgen.

Welche Rolle sollen in diesem Zusammenhang die Gymnasien spielen?

PROF. SCHULZ: Wir brauchen das Engagement der Kollegen. Den Mentoren an den Schulen kommt die Schlüsselrolle zu. Die Mentoren müssen den Studenten helfen, Berufspraxis sehen und analysieren zu lernen. Sie sind es, die den Lehramtsstudenten zeigen können, dass Theorie nicht Praxisferne, Praxis nicht Theoriefeindlichkeit sein muss. Sie sind unsere wichtigsten Partner. Damit wir sie in adäquater Form in die Lehre einbeziehen können, haben wir die Pflicht, sie zu qualifizieren. Modelle hierfür liegen bereits vor.

Der PVS setzt sich vehement für ein praxisorientiertes und auf hohem Niveau stehendes zweijähriges Referendariat ein. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine intensive Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Staatlichen Seminaren?

PROF. SCHULZ: Mit dem ‘Leipziger Modell’ möchten wir eine weitgehende Koordinierung der bisher strikt getrennten ersten und zweiten Ausbildungsphase erreichen. Eine zwangsläufige Verkürzung des Referendariats ist hierdurch nicht beabsichtigt. Wir haben deshalb an der Universität Leipzig das Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung gegründet. Fachwissenschaftler, Fachdidaktiker und Erziehungswissenschaftler können hier die Kompetenzen bündeln. Damit ist eine Struktur geschaffen, die einerseits allen Studierenden der Lehramtsstu-

diengänge, andererseits den Lehrenden als Plattform dient für die notwendige Koordination aller Aspekte des Lehramtes von Lehre, Studium und Forschung bis zur Fort- und Weiterbildung. Beide Phasen der Lehrerausbildung werden sich also curricular abstimmen. Wie dringend dies erforderlich ist, wird allein schon dadurch deutlich, dass oftmals die ausbildenden Lehrer an den Schulen nichts vom Ausbildungsstand der Absolventen der Universität wissen. Es kann nicht sein, dass den Referendaren eine weitere Stunde null suggeriert wird. Die Aufgaben der Mentoren im Referendariat sind zudem andere als in den schulpraktischen Studien. Die Fortbildung der Lehrbeauftragten durch die SALF ist angelaufen. Hier wirkt die Universität Leipzig mit. Über die Dauer der zweiten Phase kann man dann miteinander diskutieren. Sicher ist dies auch eine politische Entscheidung.

Wie hoch ist der Anteil der für das Höhere Lehramt immatrikulierten Studenten, die auch das erste Staatsexamen ablegen?

PROF. SCHULZ: Die Zahlen sind alarmierend! Nur circa vierzig Prozent der ursprünglich immatrikulierten Lehramtsstudenten legen das erste Staatsexamen in der Regelstudienzeit ab. Ich führe das darauf zurück, dass viele zunächst gar nicht wissen, worauf sie sich einlassen. Das lässt sich daran erkennen, dass der Lehramtsstudiengang meistens nach den ersten schulpraktischen Studien verlassen wird.

Was kann das moderne Gymnasium aus Ihrer Sicht zur Verbesserung dieser Situation leisten?

PROF. SCHULZ: Die Berufsberatung muss sich erheblich verbessern. Es reicht nicht, die Abiturienten zum Tag der offenen Hochschultür zu schicken. Ältere Schüler mit entsprechenden

Ambitionen sollten in die pädagogische Arbeit der Schule mit einbezogen werden, zum Beispiel beim Förderunterricht für die jüngeren Schüler, bei Patenschaften und Projekten. Weiterhin ist eine intensive Zusammenarbeit mit der Universität unbedingt wichtig. Wir haben eine Praktikantenbörse eingerichtet, auf welche die Schulen gern zugreifen können.

Nach Aussagen des DPhV werden wir in den nächsten Jahren einen gravierenden Mangel von Lehrern im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich haben. Welche Maßnahmen sehen sie als notwendig an, um das Höhere Lehramt gerade für naturwissenschaftliche Fächer wieder attraktiv zu machen?

PROF. SCHULZ: Eine Möglichkeit, die sich bewährt hat, ist die Verzahnung von Unterricht und Universität. So haben wir an der Uni Bochum Schülerlabors eingerichtet. Oberstufenschüler erhalten hier die Möglichkeit, an die Uni zu kommen und zu experimentieren. Ihre Leistungen werden bereits für das spätere Studium anerkannt. Naturwissenschaftler könnten doch den Unterricht besuchen, den Lehrer unterstützen und dafür von ihrem eigenen Unternehmen bezahlt werden. Natürlich müssen wir die Schüler auch zu Wettbewerben schicken – von der Matheolympiade bis zu 'Jugend forscht'. Und vergessen wir nicht: Der Unterricht selbst sollte die Kinder neugierig machen. Der Schüler soll entdeckend lernen. Die Qualität unseres naturwissenschaftlichen Unterrichts ist entscheidend.

Visionen und Realitäten – der steinige Weg zum Modell-Gymnasium

Philologischer Meinungsaustausch zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern

Die Idee war: Bevor der Ehrenvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, OstD Heinz Durner, mit dem Ende des Schuljahres 2005/06 in den wohlverdienten Ruhestand tritt, sollte der Geschäftsführende Vorstand des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt die Gelegenheit wahrnehmen, dessen Lebenswerk kennen zu lernen. Diese Idee wurde nun verwirklicht.

Bereits am 13. April traf sich der Vorstand auf Einladung des Vorsitzenden des Bayerischen Philologenverbandes, Max Schmidt, zu einer ausgiebigen Gesprächsrunde in Unterhaching. Neben Max Schmidt nahmen auch Dagmar Bär aus München und Walter Bertl aus Fürstfeldbruck, an dem Treffen teil. »Als sichtbar gutes Zeichen, dass die Verbände aus Ost und West sehr gern zusammenarbeiten, wenn ihnen die wenige Zeit dazu die Möglichkeiten lässt«, bewertete Max Schmidt den Meinungsaustausch. In Bayern müsse man jetzt alle Kräfte einsetzen, um den Weg bis zum Abitur in der zwölften Klasse für die Schülerinnen und Schüler mit hohen Qualitätsansprüchen an Bildung und Erziehung zu versehen. In Sachsen-Anhalt hofft man, dass nach den Landtagswahlen im vergangenen März, der seit vier Jahren eingeschlagene Weg in der Bildungspolitik fortgesetzt werden kann. Natürlich standen auch berufspolitische Fragen auf der Themenliste ganz oben: Während in Bayern alle Gymnasiallehrer verbeamtet werden, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen und

es wünschen, konnte in Sachsen-Anhalt nur für Schulleiter, Stellvertreter und für die nach dem Referendariat einzustellenden Lehrerinnen und Lehrer dieser Status durchgesetzt werden. Max Schmidt wies darauf hin, dass in Bayern händeringend Lehrkräfte gesucht werden und »man natürlich lieber aus den neuen Ländern Kolleginnen und Kollegen einstellen will als sich aus dem Ausland zu versorgen.«

Ein Lebenstraum erfüllt sich

Am 14. April begrüßte Heinz Durner, Chef des außergewöhnlichen Schulcampus Hachinger Tal, die Sachsen-Anhaltiner: »Ich denke oft daran, dass alles, was ich hier veranstalte, das letzte Mal als Schulleiter geschieht. Ich habe meine große Lebensniederlage verkraften müssen, indem es keine Chance mehr gibt, das neunjährige Gymnasium zu retten.« Aber statt zu resignieren, »in die Emigration zu gehen oder auszuwandern« entschloss sich Durner zu einem ungewöhnlichen Schritt: Es galt nun, unter den neuen Rahmenbedingungen, eine Schule der Zukunft zu installieren. Nach großen Widrigkeiten erfolgte der endgültige

Startschuss, als im Juni 2004 die Bundesregierung das 'Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung 2003 bis 2007' verabschiedet und verspricht, damit Ganztagsangebote mit bis zu neunzig Prozent der förderfähigen Gesamtsumme zu unterstützen. Die Bürgermeister und der Schuldirektor nutzen die Gunst der Stunde und erarbeiten ein sechzehnteiliges Kompendium mit dem Titel: 'Schulcampus Hachinger Tal'. Als am 21. Oktober 2005 der Schulcampus feierlich eröffnet wird, sagt der Bayerische Kultusminister, Siegfried Schneider, in seinem Grußwort zu Durner gewandt: »Mit für alle gar nicht nachvollziehbarer Überzeugungskraft hat er auf Sachaufwandsträger, sagen wir mal eingeredet.«

'Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft' wird hier Wirklichkeit. »Antworten zu geben auf die Fragen der Zeit, nämlich Schule als Lebensraum zu gestalten, eine hohe Qualität gymnasialer Bildung zu sichern, die Herausforderungen des G 8 mit neuen Rahmenbedingungen aufzugreifen, Schule und Hochschule weiter zu ver- >

binden – das war und ist unsere Aufgabe«, so Durner anlässlich der Einweihung. Das Ergebnis des Projektes stehe »nicht für ein normales Gymnasium, nicht einmal für eines in Bayern«, wie uns Dagmar Bär vom Bayerischen Philologenverband mit auf den Weg gab.

‘Lenken’ muss einhergehen mit ‘lassen’

Es ist tatsächlich so, dass die ‘Bewohner’ des neuen Campus ihre Schule täglich, sogar in schulfreier Zeit, nutzen können. »Wir haben hier ein offenes Ganztagesangebot, bei dem junge Menschen 365 Tage im Jahr in einer offenen Schullandschaft unterschiedliche, außerunterrichtliche und freizeitgestaltende Aktivitäten ausüben können.

Jedoch wird das alles nur möglich sein, wenn wir unseren Schülerinnen und Schülern vertrauen, wenn wir von ihnen verstärkt Eigeninitiative und Mitverantwortung einfordern. Gemeinsam werden wir neue Formen der Aufsicht entwickeln. Innerhalb bestimmter Grenzen sollen unsere Schüler sich hier frei bewegen können. ‘Lenken’ muss einhergehen mit ‘lassen’, die notwendige Kontrolle basiert auf der einzufordernden Eigenverantwortung der Schüler.«

Mit den vier Säulen Unterricht, kreative musische Gestaltung, außerunterrichtliches Erfahrungslernen, Sport erleben und Freizeitgestaltung werden die jungen Menschen den Sinn des Lernens in Erfahrungswelten begreifen, die von mehr Einsicht und Motivation geprägt sind. Der PISA-Verantwortliche, Prof. Dr. Baumert, hat in seiner Auswertung unter anderem festgestellt: »Schulen mit besonders guten Leistungen haben ein besonderes Profil in der Form des schulischen Miteinanders, in offenen Begegnungen und in einer bewussten Beziehung Elternhaus und Schule.« – Das trifft wohl hundertprozentig für Heinz Durners Lebenswerk zu.

Philologen als Personalräte:

Ihre Rechte – unser A

Wählen Sie für das Gymnasium – wählen Sie den Thüringer

Am 22. und 23. Mai 2006 finden in Thüringen die Personalratswahlen für die drei Vertretungsebenen – Hauptpersonalrat, Bezirkspersonalräte und örtliche Personalräte – statt.

Der **Hauptpersonalrat** vertritt die Beschäftigten in allen Fragen, die im Thüringer Kultusministerium entschieden werden. Die Gruppe der Lehrerinnen und Lehrer an den berufsbildenden Schulen, den Gymnasien, den Spezialgymnasien, den Kollegs sowie an den Gesamtschulen werden elf Sitze statt bisher neun Sitze erhalten. In den letzten vier Jahren vertrat die stellvertretende Vorsitzende des Thüringer Philologenverbandes, Heike Schimke, im Hauptpersonalrat die Interessen der Thüringer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer.

An den Staatlichen Schülern werden **Bezirkspersonalräte** gebildet. Der Bezirkspersonalrat vertritt Beschäftigte in allen Fragen, die im Schulamt entschieden werden. Auf die Gruppe der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien, Gesamtschulen, Kollegs und Berufsbildenden Schulen entfallen in der Regel drei oder vier Sitze.

Bei den Wahlen zum **Hauptpersonalrat** und zu den **Bezirkspersonalräten** findet eine Listenwahl statt. Das bedeutet: Sie haben **eine Stimme**, die Sie für **eine Liste** abgeben können.

■ **Wenn Sie wollen, dass Personalräte Ihre spezifischen Probleme an den Gymnasien kennen und ihre Stimme für eine gymnasiale Bildung des Forderns und Förderns erheben, dann wählen Sie die Liste des Thüringer Philologenverbandes!**

■ **Auch hier empfehlen wir Ihnen, die Kandidatinnen und Kandidaten des Thüringer Philologenverbandes zu unterstützen.**

An jeder Schule wird außerdem ein **Örtlicher Personalrat** gebildet. Er vertritt die Beschäftigten gegenüber der Schulleitung.

■ **Deshalb brauchen Sie die Thüringer Philologen, die nachdrücklich die Interessen der Gymnasiallehrer/innen vertreten!**

Warum sollten Sie Ihr Wahlrecht unbedingt wahrnehmen?

Die Zeiten sind härter geworden. Sie spüren es allenthalben: Der Sparzwang fordert von den Bürgern Opfer. Finanzielle Mehrbelastungen sind an der Tagesordnung. So müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zurzeit erkennen, dass die Arbeitgeberseite zu Kompromissen nicht bereit ist, sondern eisern ihren Sparkurs zu Lasten der Beschäftigten verfolgt. Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus macht kein Hehl daraus, dass er die 42-Stunden-Woche auch für die Angestellten erzwingen will.

Nachdem in den vergangenen Jahren gerade den Kolleginnen und Kollegen an den Thüringer Gymnasien immer mehr Aufgaben aufgebürdet

wurden, soll nun also die Arbeitsbelastung auch offen erkennbar erhöht werden! Unabhängig davon, ob es dazu kommen wird, kann man sich darauf verlassen, dass man im Thüringer Kultusministerium Mittel und Wege finden wird, den Kolleginnen und Kollegen noch ein Päckchen mehr aufzupacken. Deshalb brauchen wir starke Interessenvertretungen!

Noch wichtiger als bisher werden dabei die **Bezirkspersonalräte**: In vielen Schulamtsbereichen ist der Lehrermangel an den Gymnasien in zahlreichen Fächern eklatant. Einstellungen erfolgen in nicht nennenswertem Umfang. Kolleginnen und Kollegen, die man vor Jahren in die ‘freiwillige Zwangsteilzeit’ presste, beschwichtigte man damals damit, dass man bei Bedarf den Beschäftigungsanteil auch erhöhen könne. Nun wollen Teilzeitbeschäftigte gern planmäßige Mehrarbeit leisten, diese wird ihnen jetzt jedoch aus finanziellen Gründen verwehrt.

Stattdessen lässt man Unterricht lieber planmäßig ausfallen. Um ansonsten wenigstens die ‘größten Löcher’ zu stopfen, werden Kolleginnen und Kollegen schon einmal quer durch den Schulamtsbezirk geschickt. Oder es werden handstreichartig Abmin-

nliegen

Philologenverband!

derungsstunden kassiert – in der irrigen Annahme, die Kolleginnen und Kollegen würden die diesbezüglich anfallende Arbeit trotzdem erledigen. Auch der Umgangston hat sich verschärft: Statt im Dialog einvernehmliche Lösungen zu finden, wird in zunehmendem Maße nur noch angeordnet. Ohne starke Interessenvertretungen ist es für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen kaum möglich, ihre Rechte durchzusetzen.

Der Druck, der vom Ministerium bzw. von den Schulämtern verstärkt ausgeübt wird, kommt zwangsläufig an der einzelnen Schule beim einzelnen Kollegen an.

Um an Ihrer Schule Ihre Rechte wahrnehmen zu können, brauchen Sie einen starken Personalrat mit dem Thüringer Philologenverband!

Zum Klima der Verunsicherung trägt auch die GEW ihren Teil bei. Sie verkündet, dass in Thüringen geplant sei, im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst »die Eingruppierung der Lehrer mit DDR-Ausbildung ... nach unten zu korrigieren«.

Wahr ist vielmehr, dass die Lehrkräfte mit einer DDR-Ausbildung, nachdem sie die in den Greifswalder KMK-Beschlüssen von 1993 festgelegten Bewährungs-

zeiten absolviert haben, als 'Erfüller' im Sinne des neuen Tarifrechts gelten. Einer Überleitung in den höheren Dienst steht also nichts im Wege. In dieser Frage ist in der Verhandlung der Arbeitsgruppe für den Lehrerbereich am 28. Februar 2006 Einigkeit erzielt worden. Dies ist keine Garantie für die Ewigkeit, aber Ergebnis der Interessenvertretung für die Pädagogen der Gymnasien.

Zur Erinnerung: Nicht die GEW erkämpfte die Eingruppierung der Gymnasiallehrer/innen in den höheren Dienst. Die GEW besicherte uns vielmehr das Verfahren der generellen Bewährungsfeststellung – und das, obwohl der Entwurf des Bundesministeriums des Innern damals für Gymnasiallehrer/innen durchaus eine direkte Übernahme vorsah!

Angst und Verunsicherung schüren, um ideologische Versammlungen zu füllen, war nie Stil der gewerkschaftlichen Interessenvertretung des TPhV. Die Lösung wirklicher Probleme, die zum Beispiel nur die adäquate Personalversorgung und die Reduzierung der Belastung – vor allem an den Gymnasien – sein können, müssen angepackt werden. Bloße Parolen schüren Befürchtungen und servieren den Arbeitgebern Ideen, die Beschäftigungsbedingungen zu verschlechtern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Rechte sind unser Anliegen. Unterstützen Sie deshalb bei den Personalratswahlen die Kandidatinnen und Kandidaten des Thüringer Philologenverbandes.

BERLIN/BRANDENBURG

Die Würde der Lehrer erhalten!

Der Philologenverband Berlin/Brandenburg (PhV B/B) begrüßt die Forderung der Vorsitzenden des Bildungsausschusses (EDUC) der EU Monique Cartigny, den Lehrern ihre soziale Würde wiederzugeben. »Die Schüler müssen lernen, 'moralische Autorität' zu akzeptieren. Den Eltern komme dabei eine unverzichtbare Rolle zu, die von den Pädagogen nicht zu ersetzen ist«, so Monique Cartigny.

»Es geht nicht um die Profilierung Einzelner, die glauben mit Forderungen nach Veränderungen von Schultypen etwas zu erreichen.«, ergänzt die stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg, Gabriela Kasigkeit, »Um die Probleme zu lösen, oder diese wenigstens zu verringern, muss den Lehrern Handlungskompetenz gegeben werden, Nachschulungen wären

eine Möglichkeit. Außerdem sollten solche Kompetenzen zum Umgang mit schwierigen Situationen schon in der Ausbildung vermittelt werden, was bisher leider nicht der Fall ist!«

Der PhV Berlin/Brandenburg ruft alle Schulen auf, mit der Problematik offenen umzugehen. Gewaltvorgänge müssen zur Anzeige gebracht werden! Die Gestaltung der Schulen ist wichtig, der Schüler muss sich mit seiner Schule identifizieren können.

Die Lehrer brauchen gesellschaftliche Anerkennung und müssen entlastet werden, Klassen verringert und Bürokratie abgebaut werden, damit wieder die Arbeit mit dem Schüler möglich wird.

Bildung gibt es trotz aller Einsicht in notwendige Sparmaßnahmen noch immer nicht zum Nulltarif und das gilt auch für die Ordnung und Sicherheit an unseren Schulen.

Der Rektor als Hausmeister?

Berliner Schulleiter protestieren

Die Berliner Schulleiter verlangen mehr Zeit für die Leitung ihrer Schulen und wollen dafür nicht mehr soviel unterrichten müssen. So lautete ihre einhellige Forderung auf einer Protestveranstaltung im Rathaus Schönebeck Ende März in Berlin. Auf Anfrage einer Berliner Tageszeitung erklärte der Schulsekretar am 21. März 2006, »den Schulleitern wird künftig mehr Stundenermäßigung als bisher gewährt werden.«

Wir sollen die Hälfte unsere Arbeitszeit unterrichten, immer mehr Sachbearbeitertätigkeiten erledigen und irgendwie die Schule leiten, brachte Harald Mier von der Vereinigung der Berliner Oberstudiendirektoren die Kritik auf den Punkt. Dabei würden die Aufgaben immer mehr. Neben Dingen wie Personalführung und der Erarbeitung von Schulkonzepten müssten Schullei-

ter auf Grund von Sparmaßnahmen immer öfter auch Sekretariatsaufgaben und Hausmeistertätigkeiten übernehmen.

Die Rektoren fordern von Schulsekretar Klaus Böger, dass er sich für die Entlastung von der Unterrichtstätigkeit einsetzt. Dem Senator wurden die Forderungen schriftlich gestellt, da er nicht persönlich anwesend war.

Weiterhin verwies Mier in der Diskussion darauf, dass Schulleiter in Bayern nur ein bis vier Stunden vor der Klasse stehen, zudem lägen die Unterrichtsverpflichtungen in allen anderen Bundesländern weit unter denen in Berlin. So unterrichten Gymnasialschulleiter zwölf Stunden und deren Stellvertreter achtzehn Unterrichtsstunden. Künftig soll es hier nun eine Entlastung geben, kündigte Böger an. Der genaue Umfang der Ermäßigungen werde derzeit beraten.

SACHSEN

Der Philologentag 2006 – effektiv und zukunftsweisend!

Am 8. April 2006 fand in Burgstädt der Philologentag des PVS statt.

Wurden in den Vormittagsstunden mit Kultusminister Flath, Vertre-

tern aus Wissenschaft und Hochschule und circa 150 Gymnasiallehrern aus ganz Sachsen die Probleme der Umstrukturierung der Sekundarstufe II diskutiert, fand am Nachmittag dann intern die Wahlversammlung statt. Frank Haubitz wurde mit nur einer Gegenstimme als Vorsitzender wieder gewählt, auch die anderen Mitglieder des neuen Vorstandes erhielten eine große

Zustimmung. Nach der Wahl stand dann das Strategiepapier zur bildungs- und berufspolitischen Arbeit im Mittelpunkt, welches einstimmig von den Delegierten angenommen wurde. Gymnasium und Gymnasiallehrer sind für die Zukunft gerüstet!

Das Strategiepapier finden Sie unter www.pvs-guide.de

THÜRINGEN

Die Absetzbarkeit des Arbeitszimmers muss erhalten bleiben

In der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 haben sich CDU und SPD auf die Streichung einer Reihe von so genannten Steuervergünstigungen geeinigt.

Als eine 'Lex Lehrer' ist die geplante Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers zu verstehen. Sie ist nämlich maßgeschneidert für einen finanziellen Schlag gegen die Lehrerschaft. Diese zusätzliche Belastung kostet 1250 Euro im Steueransatz. Und das obwohl der Dienstherr Staat sich bislang nicht in der Lage sah, an den Schulen für alle Lehrer Arbeitszimmer und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen!

Der Philologenverband wird sich zusammen mit dem Beamtenbund als Dachverband politisch über die Kultusministerkonferenz und den Bundesgesetzgeber im Interesse der Lehrerschaft dagegen wehren und auch vor dem gerichtlichen Klageweg (der allerdings erst ab 2008 möglich wäre) nicht zu-rückschrecken. Oder wie wäre es, wenn sich alle Lehrer, denen kein Arbeitsplatz, kein Büromaterial und keine Korrekturstifte zur Verfügung gestellt werden, kollektiv weigerten, ab 2007 Klausuren zu korrigieren?

Unterstützen Sie die Aktionen des Philologenverbandes!

Positive Resonanz auf das TPhV-Konzept zur Mittelstufe

Im Dezember 2005 übergab der Thüringer Philologenverband dem Thüringer Kultusministerium sein Konzept zur Neugestaltung der Gymnasien. Das Konzept entstand unter Mitarbeit aller Basisverbände des TPhV. Die Anfragen der Gymnasien übertreffen die Erwartungen. Die Resonanz zum Inhalt ist überwiegend positiv, was für den Praxisbezug spricht.

Die wesentlichen Eckpunkte des Konzepts sind: eine frühzeitige Schulartdifferenzierung unter Beachtung des Leistungsprinzips, die Beibehaltung des Fachunterrichts und des Fachlehrerprinzips neben modernen Formen der Wissensvermittlung, die Ablehnung flexibler Stundentafeln als Regelfall am Gymnasium, der Ersatz der Zweige im Gymnasium ab Klasse neun zugunsten stärkerer Allgemeinbildung und inhaltlicher Vertiefungen, die die Einführung des Seminarfaches integrieren und persönliche

Schwerpunktbildungen in der Oberstufe besser vorbereiten, eine Koordination des Fremdsprachenlernens von der Grundschule bis zum Abitur unter stärkerer Bezugnahme auf Deutsch als Muttersprache, die Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung, die stärker didaktische Unter- setzung der Vernetzung von Fachunterricht, fächerübergreifendem Unterricht und fächerverbindendem Lernen.

Noch hält man sich im Kultusministerium mit einer Bewertung zurück. Liegt ein Grund dafür in der Erkenntnis, dass Eigenverantwortlichkeit in Anbetracht der Komplexität der Veränderung an ihre Grenzen stößt? Der TPhV ist zuversichtlich, dass sich das Kultusministerium der Überzeugungskraft, die die Schlüssigkeit des Konzeptes an der 'Basis' entwickelte, nicht entziehen kann. Ein Nachdenken über die gymnasiale Oberstufe ist der folgerichtige Schritt.

Sachsen

Doch kein neues Privatschulgesetz in Sachsen

Der sächsische Philologenverband berichtete in der Ausgabe 1/ 2006 von 'Profil konkret' über die 'Stärkung der Interessenvertretung der freien Schule' und berichtete über die Einbringung eines neuen Privatschulgesetz in Sachsen. Am 8. März 2006, nach dem Redaktionsschluss von 'Profil konkret', hat der sächsische Kultusminister Steffen Flath den Entwurf nach Verhandlungen im Streit um staatliche Zuschüsse für Privatschulen zurückgezogen. In Sachsen wird es vorerst kein neues Privatschulgesetz geben.

Thüringen

Personalratswahlen 22. und 23. Mai 2006

Neue Homepage unter www.tphv.de oder www.thueringer-philologenverband.de

'Beamtenkompass – Wegweiser rund um die Verbeamtung' über die Geschäftsstelle erhältlich

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

DPhV e.V. | Friedrichstraße 169/170 | 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 40 81-6789 | Fax: 40 81-6788
eMail: presse@dphv.de
Redaktion: Eva Hertzfeldt

Berlin/Brandenburg: Werner Brandt
Mecklenburg/Vorpommern: Jörg Seifert
Sachsen: Frank Haubitz
Sachsen-Anhalt: Dr. Jürgen Mannke
Thüringen: Ralf-Gerhard Köthe

VERLAG & LAYOUT:

Pädagogik & Hochschul Verlag GmbH
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 179 59 38 | Fax: 02 11 / 179 59 45
ISDN: 02 11 / 179 59 65
eMail: doemges@dphv-verlag.de

DRUCK:

Vereinigte Verlagsanstalten GmbH
Höherweg 278 | 40231 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 73 57-0